

Corona: Kinder vor Armut schützen

Gerade hat die Bertelsmann Stiftung Alarm geschlagen: 2,8 Millionen Kinder müssen in Deutschland in Armut leben. In Berlin trifft dieses Schicksal über 160.300 und damit mehr als jedes vierte Kind. Diese dramatische Kinderarmut in Deutschland und Berlin hat sich durch die Corona-Pandemie weiter verschärft.

Kinderarmut ist immer eng mit der Armut ihrer Familien verbunden. Dies gilt in besonders gravierendem Maße bei Alleinerziehenden und damit auch vorwiegend Frauen und Müttern. Coronabedingt ist die Zahl der Menschen, die in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit sind, Einkommensausfälle hinnehmen müssen und auf Hartz IV angewiesen sind, erheblich gestiegen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat es so viele Beschäftigte gegeben, die teilweise erhebliche Abstriche von ihrem Einkommen verkraften müssen. Die zeitweisen Aufstockungen des Kurzarbeitgeldes sind zwar dringend erforderlich, aber keinesfalls ausreichend.

Besonders betroffen sind die Kinder der Alleinerziehenden in Minijobs und sonstigen prekären Arbeitsverhältnissen. Eine eklatante Unterversorgung gibt es für Millionen Kinder in Armut bei Mobilität, Freizeit und sozialer Teilhabe. Sie trifft ebenso die Einschränkungen beim Schulunterricht besonders hart. Jede vierte betroffene Familie hat keinen internetfähigen Computer. Sie können daher an den digitalen Unterrichtsangeboten überhaupt nicht teilnehmen. Zudem leben sie oft in beengten Wohnverhältnissen mit schlechten bis unmöglichen Bedingungen, die ein „home schooling“ unmöglich machen.

Auch haben sie aufgrund der schlechten Wohnverhältnisse weniger bis keine Möglichkeiten, Freunde einzuladen und wegen fehlender finanzieller Voraussetzungen an Klassentreffen teilzunehmen. Sie können nicht einmal für eine Woche in Urlaub fahren. Über 60 Prozent der armen Familien verfügen auch nicht über einen PKW. Dies alles sind gerade für Kinder besonders harte Bedingungen gesellschaftlicher Ausgrenzung mit offener Diskriminierung auch von anderen Kindern. Dies ist eine enorme psychische Belastung gerade für Kinder, die krank machen und den weiteren Lebensverlauf erheblich beeinträchtigen kann.

Dringend erforderlich ist eine sozialpolitische Kehrwende in der Familien- und Kinderpolitik. Dies darf nicht weiter unter den Teppich gekehrt werden. Schließlich kann kein Kind etwas dafür, in eine arme Familie hineingeboren zu sein. Kinder sind zudem entscheidend für unsere Zukunft.

Dabei ist Armut tatsächlich häufig vererbbar. Die Bedürftigkeit von Kindern erweist sich leider immer mehr als dauerhafte Spirale nach unten: unregelmäßige Einschulung; Versäumnisse der Klassenziele sowie Übergang in weiterführende Schulen und

Bildungsgänge, die auch später kaum mehr aufgeholt werden können. Die bitteren Folgen sind große Nachteile bei den Ausbildungs-, Arbeits- und damit Lebenschancen.

Die Diskussionen und Aktivitäten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie dürfen sich nicht darin erschöpfen, Kinder nur als Schülerinnen und Schüler zu sehen und über die Beschränkungen des Schulalltag zu streiten.

Die jetzt beschlossenen Zuwendungen zu Kinder- und Familienleistungen sind mehr als überfällig. Allerdings müssen weitere Schritte folgen.

Entscheidend sind dabei wirksame Eingliederungsmaßnahmen für die Eltern mit fairen Löhnen und humanen Arbeitsbedingungen. Nur wenn sie der Armutsspirale in Hartz IV entkommen, können ihre Kinder aus der Armut herauskommen. Dies gilt auch für die Erhöhung der Regelsätze und Unterhaltsleistungen in Hartz IV an Stelle ungerechter Sanktionen. Nur dann ist eine echte Inklusion von Eltern und Kindern in die Gesellschaft möglich.

Darüber hinaus muss Kindern eine armutsfeste eigene Grundsicherung gewährt werden. Kinder gehören nicht in ein Hartz IV-System. Corona muss den Blick schärfen: Für Eltern und Kinder muss gelten: Inklusion in die Gesellschaft statt Ausgrenzung durch Hartz IV!